

# Erzgebirgischer Volksfreund

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schwarzenberg, Adm., Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Verleger: Aue 51 und 52, Löhrl (Nur Aue) 440, Schwarzenberg 10, Schwarzenberg 551. Druckerschrift: Zschernitzsche Buchdruckerei.

Wichtiges: Wichtige für die am Sonntag erscheinende Nummer des Volksfreunds 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Die Redaktion für die Aufnahme der Anzeigen am Sonntagabend liegt heute an hiesiger Stelle und wird nicht für die Redaktion der hiesigen Zeitung abgegeben. — Für Rückgabe ungenutzter Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Erscheinens begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsergänzung und Rückgabe gelten Anzeigen als nicht vereinbart. Hauptgeschäftsstellen in Aue, Adm., Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt.

Nr. 236.

Freitag, den 9. Oktober 1925.

78. Jahrg.

## Amtliche Anzeigen.

Im Handelsregister des unterzeichneten Gerichts ist eingetragen worden:

am 20. September 1925: 1. auf dem Blatte 573, die Firma Frankonia Aktiengesellschaft vormals Albert Frank in Veierfeld betr., daß das stellvertretende Vorstandsmitglied Kaufmann Oskar Dori in Veierfeld ausgeschieden ist;  
am 2. Oktober 1925: 2. auf dem Blatte 604, die Firma Albert Groß in Veierfeld betr., daß der Spektierer Ernst Albert Groß in Veierfeld aus dem Handelsgeschäft ausgeschieden und a) der Kaufmann Karl Fritz Groß, sowie b) der Geschäftshilfe Albert Kurt Groß, beide in Veierfeld, in dasselbe eingetreten sind. Der unter b) Genannte darf die Gesellschaft nur in Gemeinschaft mit dem unter a) Genannten vertreten. Die Gesellschaft ist am 1. August 1925 errichtet worden. Die den unter a) und b) Genannten bisher erteilte Prokura hat sich erledigt.

Amtsgericht Schwarzenberg, am 6. Oktober 1925.

Freitag, den 9. Oktober, 2 Uhr nachmittags, sollen durch den Unterzeichneten veräußerte Bodeneintragsgegenstände: Kadestafel, Warenschrank, Bank, Tisch, eine Waage mit Gewicht, 1 Saft Salz pp. meistbietend versteigert werden. Peter Jammeln im Restaurant „Zur Barbura“, Stollberger Straße.

Adm., den 8. Oktober 1925.  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

## Schwarzenberg. Personenstandsaufnahme 1925.

Am 10. Oktober 1925 findet eine Personenstands- und Betriebsstättenaufnahme zur Steuererhebung für 1925 statt.  
Die Vordrucke zu den Haushaltslisten und Betriebsstättenlisten sowie zu den Hauslisten werden den Hausbesitzern in diesen Tagen zugestellt.

## Schwierigkeiten in Locarno.

Berlin, 7. Okt. Der „Tag“ schreibt: In den Kreisen der Alliierten herrscht, wie es scheint, wenn nicht gerade Bestimmung, so doch wenigstens eine gewisse Enttäuschung über das Verhalten der deutschen Delegation, die, wie man jetzt allgemein sagt, in den bisherigen Verhandlungen Unnachgiebigkeit zeige. Dies dürfte wohl nicht heißen, daß bei den Deutschen allgemeiner Verhandlungsunwille vorliege, sondern daß die deutsche Delegation in den entscheidenden Punkten, wegen deren ja schließlich allein eine solche Konferenz wie die von Locarno nötig geworden ist, auf ihrem Standpunkt beharrt, den sie bisher schon der Entente gegenüber erwähnt und der ihr ja wohl auch vom Gesamtkabinett und den Parteien vorgezeichnet sein dürfte. Insofern kann man allerdings sagen, daß die Konferenz jetzt an einen kritischen Punkt gelangt ist, bei dem es sich zeigen muß, ob die kurz auseinandergehenden Meinungen auf eine gemeinsame Formel gebracht werden können. — Auf deutscher Seite findet man diese Meinungsäußerungen der Ententevertreter, wenn sie wirklich in der geschilberten Form gefaßt sein sollen, wenig loyal. Bestimmten wollen in jenen Stimmungen des Ententelegators sogar den Versuch erblicken, etwa entstehende Schwierigkeiten im weiteren Konferenzverlauf schon von vornherein den Deutschen in die Schuhe zu schieben.

Locarno, 7. Okt. Die Vorkonferenz ist heute nachmittags 4 Uhr wieder zusammengetreten. Bei Beginn der Sitzung wurde die Lage in deutschen Kreisen ziemlich ernst beurteilt. Die Sitzung war nur von kurzer Dauer. Ueber das Ergebnis wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben: In der heutigen Sitzung der Konferenz wurde zunächst die allgemeine Aussprache wieder aufgenommen und alsdann der Bericht der Rechtsfachverständigen über die im Laufe der ersten Sitzung übertragenen Redaktionsarbeiten entgegengenommen. Da neue Anträge gestellt wurden, ergab sich die Notwendigkeit einer erneuten Vertrauensarbeit des Juristenausschusses mit deren Studium. Es wurde daher ein ergänzender Bericht der Rechtsfachverständigen angefordert, der in einer späteren Sitzung erstattet werden soll. Die nächste Zusammenkunft der Hauptdelegierten ist auf Donnerstag 14 Uhr angesetzt.

### Die Unterredung zwischen Dr. Luther und Irland.

Berlin, 7. Okt. Der Berichterstatter des W.D. meldet aus Locarno: Im Laufe des heutigen Tages haben sich die Gespräche über Schritte außerhalb der eigentlichen Konferenz in Locarno so sehr verdichtet, daß bei der Pressesprechung den Regierungsvertretern direkte Fragen nach dieser Richtung hin vorgelegt wurden. Daraufhin wurde mitgeteilt, daß im Laufe des heutigen Vormittags eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler Dr. Luther und dem französischen Außenminister Briand an einem Ort außerhalb Locarnos stattgefunden hat. Ueber den Gegenstand und das Ergebnis der

Die Listen sind unter Beachtung der auf den Vordruck ausgegebenen Anleitung sorgfältig auszufüllen, zu unterschreiben und vom Hausbesitzer persönlich oder durch eine unterrichtete Person, und zwar: für Alt-Schwarzenberg im Stadthaus 2 — Meldeamt —, für Stadteil Sachsenfeld im Ratszimmer der Schule Sachsenfeld, für Stadteil Neuwelt in der Verwaltungsstelle Neuwelt, für Stadteil Wildenau im Ratszimmer der Schule Wildenau nach der den Hausbesitzern mit zugestellten Aufstellung wieder abzugeben. — Kinder müssen zurückgewiesen werden.  
Die Hausbesitzer und Wohnung- und Betriebsstätteninhaber sind zur Ausfüllung der Listen bzw. Blätter bei Vermeidung von Strafen verpflichtet.

Schwarzenberg, am 6. Oktober 1925.  
Der Rat der Stadt. — Steueramt. —

### Arbeitsgeberabgabe betr.

Die alljährlich von den Arbeitgebern zur Feststellung des Beteiligungsverhältnisses der Wohninhaber an der Arbeitsgeberabgabe einzureichende Nachweisung über die im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer ist nach dem Stande vom 10. Oktober 1925 auszufüllen und bis zum 17. Oktober 1925 hier einzureichen. Die Nachweisungen, die getrennt nach den Wohnorten der Arbeitnehmer aufzustellen sind, müssen Vornamen, Stand, Wohnort und Wohnung der Arbeitnehmer enthalten. Kurznamen sind nur die in den hiesigen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer, und zwar auch ausländische Arbeitnehmer sowie solche, die am Stichtage keinen Lohn bezogen haben.

Schwarzenberg, am 6. Oktober 1925.  
Der Rat der Stadt. — Steueramt. —

Die Schwarzenberger Freistelle an der Fürsten- und Landes-Hochschule zu Grimma ist von Ostern 1926 ab wieder zu besetzen. Gesuche hiesiger Bewerber um diese Freistelle sind bis zum 28. Oktober 1925 beim unterzeichneten Stadtrat schriftlich einzureichen, dem Gesuchen sind Geburts- und Taufdatum, Gesundheitszeugnis, Wiederimpfungsschein und Schulzeugnis des Schülers beizufügen.

Unterredung wurde Auskunft nicht erteilt. Ebenso ist über die Anregungen zu diesem Zusammentreffen nur aus Andeutungen zu entnehmen, daß sie von britischer Seite ausgegangen sind. Wie auch die Einzelheiten dieser Besprechung sich verhalten, ist es erfreulich, daß auf diesem Wege heute zum ersten Male ein engerer persönlicher Kontakt führender Delegierter von beiden Seiten zustande gekommen ist.

Berlin, 8. Okt. Wie über die Unterredung des Reichskanzlers Dr. Luther mit dem französischen Minister des Auswärtigen Briand in Locarno bei Locarno berichtet wurde, waren einmal die Differenzen über den Artikel 16 des Völkerbundsstatuts Gegenstand der Besprechung. Nach dieser Unterredung soll es den Anschein haben, als ob eine Formel gefunden werden könnte, die den Artikel so interpretiert, daß die deutschen Bedenken etwas an Schärfe verlieren könnten. Weiter soll die Frage der französischen Verträge der früheren Schiedsverträge bei der Unterredung eine Rolle gespielt haben. Angeblich hat Briand die von Frankreich ursprünglich verlangte einseitige Garantieleistung für die Verträge fallen gelassen; er soll sich damit einverstanden erklärt haben, daß Frankreich außerhalb der ständigen Schiedsverträge eine Erklärung zur Sicherung Polens abgeben werde. Den Juristen sei die Aufgabe zugewiesen worden, diese Erklärung zu formulieren. Briand soll sich zu französischen Journalisten außerordentlich befreudigt über die Besprechung geäußert haben.

Die Verhandlungen sind fortgeschritten, aber man darf dennoch nicht vergessen, daß die Schwierigkeiten, welche sich geltend machen, in der Schweiden erster Probleme zeigen müßten, noch fortbestehen, und daß es einer sorgfältigen ersten Arbeit bedürfen wird, um sie auch bei bestem Willen der Beteiligten zu überwinden.

Berlin, 7. Okt. Dem „Lokalanzeiger“ zufolge hat Außenminister Briand dem Vertreter des „Matin“ in einer persönlichen Unterredung erklärt: Es wird zu keinerlei Uebertragungen kommen. Die Konferenz war von langer Hand vorbereitet und Frankreich wird seine Haltung nicht ändern. Die Deutschen müßten zusehen, ob sie im allgemeinen Interesse und in einer für den Reichstag annehmbaren Form sich damit abfinden können, daß die Alliierten noch während einiger Jahre bis zur Herbeiführung einer endgültigen Entscheidung ihre Defensiv-Stellung (!) beibehalten. Wenn Deutschland den Frieden wolle, so könne es an den Klauseln des Garantievertragsentwurfes keinen Anstoß nehmen.

### Der ausgeplauderte Sicherheitsentwurf.

Berlin, 7. Okt. Der Minister als streng vertraulich behandelte Paktentwurf durch Indiskretion gestern Abend im „Popolo d'Italia“ und „Corriere della Sera“ veröffentlicht worden. In Konferenzkreisen herrscht allgemeine Ueberzeugung und Aufregung. Man vermutet, daß ein Mitglied der italienischen Delegation den Vertrauensbruch begangen habe.

Der veröffentlichte Paktentwurf solle bereits die letzten Abänderungen der Juristen enthalten, so daß es sich anschließend um den endgültigen Entwurf handelt. Er besteht aus 11 Paragraphen und einer Einleitung. Die ersten sechs Paragraphen befassen sich ausschließlich mit dem Sinn des Paktes.

Voraussetzung für die Uebertragung der Freistelle ist, daß der Schüler bis Ostern 1925 das 18. Lebensjahr vollendet hat und die Aufnahmeprüfung für die Untertertia bestanden hat.

Schwarzenberg, am 5. Oktober 1925. Der Rat der Stadt.

## Schwarzenberg.

Das Verbandsgesetz für den Zweckverband Handels- und Gewerbeschule für Schwarzenberg und Umg. ist vom Wirtschaftsministerium unterm 18. Sept. 1925 genehmigt worden und liegt 14 Tage lang, vom Tage der Bekanntmachung ab gerechnet, zu jedermanns Einsichtnahme im Stadthaus 1 — Hauptkanzlei — öffentlich aus.

Schwarzenberg, am 5. Oktober 1925.  
Zweckverband Handels- und Gewerbeschule für Schwarzenberg u. Umg.

## Kauter. Personenstandsaufnahme.

Die Personenstandsaufnahme erfolgt nach dem Stande vom 10. Oktober 1925.

Zugestellt werden in diesen Tagen:  
a) jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung — jedem Familienvorstand — eine Haushaltsliste;  
b) jedem Inhaber oder Vertreter einer in dem Grundbuche befindlichen gewerblichen Betriebsstätte, Arbeitsstätte, eines Büros usw. ein Betriebsblatt;  
c) jedem Hausbesitzer oder dessen Vertreter eine Hausliste.  
Die Haushaltsliste ist — wie das Betriebsblatt — von den dazu Verpflichteten nach Abgabe der ausgebrachten Anleitung sorgfältig auszufüllen, zu unterschreiben und spätestens bis zum 18. Oktober 1925 bei dem Hausbesitzer oder seinem Vertreter abzugeben. Dieser hat die Liste auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit hin zu prüfen und mit der von ihm auszufüllenden Hausliste am 15. 16. und 17. Oktober 1925 im hiesigen Steueramt — Zimmer Nr. 2 — nur vormittags persönlich oder durch eine unterrichtete Person abzugeben.  
Die Listen sind mit der Brandkataster-Pr. zu versehen.  
Die Erfüllung dieser Verpflichtung kann durch Geldstrafe erzwungen werden.  
Kauter, am 7. Okt. 1925. Der Gemeinderat. — Steueramt.

§ 7 soll den Eintritt in den Völkerbund betreffen, während Deutschland im § 11 verpflichtet werden soll, einen ähnlichen Sicherheitspakt für seine Njgrenzen abzuschließen.

### Dr. Benesch in Locarno.

Prag, 7. Okt. Das Tschechoslow. Pressebureau meldet aus Locarno: Der Minister des Auswärtigen Dr. Benesch ist heute Nachmittag hier eingetroffen. Unmittelbar nach seiner Ankunft traf er mit Chamberlain zusammen, mit dem er einen Meinungsaustausch über die Situation hatte, worauf eine längere Unterredung mit Briand und Berthelot folgte. Die Unterredung betraf sowohl den augenblicklichen Stand der jetzigen Verhandlungen als auch die besonders die Tschechoslowakei betreffenden Fragen. In allen diesen Unterredungen konnte Dr. Benesch eine Uebereinstimmung mit den Staatsmännern der beiden Länder sowohl bezüglich des Wens der Konferenzverhandlungen als auch bezüglich ihres Fortschreitens konstatieren.

### Der Dawesplan unausführbar.

Berlin, 7. Okt. In einer Rede in Berlin-Wilmersdorf hat der Führer der deutschen nationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, zu unserer Außenpolitik Stellung genommen. Die Wahrheit über den in der Tat unausführbaren Dawesplan sei auf dem Marsche. Selbst unsere Erfüllungspolitikler beschönigen die Lage nicht mehr. Für die jetzige Vorkonferenz in Locarno habe das Kabinett schon bei Annahme der Einladung Deutschlands Standpunkt dahin festgelegt, daß vor Abschluß irgendwelcher neuen Paktes unsere Rheinlandsbeschwerden von der Entente aus der Welt geschafft sein müßten. Für die Hauptverhandlungen selbst stehe im Vordergrund, daß weder der Eintritt in den Völkerbund, noch der Sicherheitspakt einen Bericht auf deutsches Land und Volk ausdrücken dürfe. Ferner sei der Artikel 16 des Völkerbundsstatuts für uns außer Kraft zu setzen, die einseitige Entwaffnungskontrolle aufzuheben und die allgemeine Abrüstung anzubahnen, ehe wir unterwürdig seien. Die Schmach des eigenen Schuldenerkenntnisses sei ja jetzt von uns genommen, aber für die Zurücknahme der Schuldlasten selbst durch die Welt sei noch viel zu tun. Und in dieser Arbeit werde die Partei als Trägerin nationalen Ehrgefühls und deutschen Befreiungswillens nicht erschaffen.

### Wieder ein französisches Schandurteil.

Dorn, 7. Okt. Der Reichswahrschaffner Otto Bähring vom Reichswahrschaffner-Regiment 1 war zu seinem Eltern nach Elberfeld beurlaubt. Er besichtigte die 100er Jahrestausend-Ausstellung, woran er eine Tour anstellte wollte. Bähring fiel einem französischen Gendarmen dadurch auf, daß er ein schwarz-weiß-rotes Fähnchen am Fahrrad führte. Nach seiner Festnahme wurde sein Reichswahrschaffnerausweis, sowie ein Pistolpaß vorgefunden. Bähring hatte jedoch nicht die für Reichswahrschaffner vorgeschriebene Spezialerlaubnis zur Einreise ins besetzte Gebiet. Er stand deshalb gestern vor dem französischen Kriegsgericht in Dorn. Der französische Militärstaatsanwalt beantragte angesichts der öffentlichen Harmlosigkeit des Falles 2 Monate Gefängnis, die der verdächtige Unterjuchungshof entprochen hätte. Das Gericht ging jedoch über den Antrag weit hinaus und verurteilte Bähring zu 1 Jahr Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe.